



Nueva Nicaragua

Internacional

Informe

21. Jahrgang

Sonderheft September 2024

Nr. 251

ALBA-TCP unterstützt Nicolás Maduro

Quelle: El 19 Digital

Am 26. August 2024 fand der XI. Außerordentliche virtuelle Gipfel der Staatsoberhäupter von ALBA-TCP statt. Am Treffen nehmen Vertreter der Bolivarianischen Republik Venezuela, der Republik Kuba, des Plurinationalen Staates Bolivien, der Republik Nicaragua, des Commonwealth Dominica, der Republik Ecuador, St. Vincent und die Grenadinen, Antigua und Barbuda sowie St. Lucia teil.

Hauptthema des Gipfels war die Unterstützung der Wahlergebnisse vom 28. Juli 2024, die Nicolás Maduro Moro als Präsidenten Venezuelas für den Zeitraum 2025/2031 bestätigten.



Nicaragua wurde von Präsident Comandante Daniel Ortega und Vize-Präsidentin Rosario Murillo vertreten. Comandante Daniel begrüßte zu Beginn seiner Rede das venezolanische Volk und den rechtmäßigen Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Nicolás Maduro. Anschließend analysierte er die Auswirkungen des Faschismus auf die Weltgeschichte. Er sagte, dass die Wurzeln des Faschismus nicht nur in den Regimen von Hitler, Mussolini und Franco lägen, sondern auch in der Komplizenschaft des Vatikans und in der brutalen Geschichte der Kolonisierung.

Er reagierte damit auf ein Interview, das Papst Franziskus Anfang März 2024 dem argentinischen Portal *Infobae* gewährte. In dem Interview verglich Franziskus die Regierung Ortegas mit der „kommunistischen Diktatur von 1917 oder der Hitler-Diktatur von 1935“.

Am 26. August 2024 bestätigte *Vatican News*, das Nachrichtenportal des Vatikans, den Wunsch der nicaraguanischen Regierung, „die diplomatischen Beziehungen auszusetzen“. Konkret ginge es um die Schließung der päpstlichen Nuntiatur, der diplomatischen Vertretung des Vatikans in Managua. Vor einem Jahr, am 12. März 2023, hatte die Regierung in Nicaragua den Apostolischen Nuntius in Managua, Erzbischof Waldemar Stanisław Sommertag, ausgewiesen. Seitdem führte der Sekretär der Nuntiatur, Prälat Mbaye Diouf die Geschäfte weiter. Diouf wurde offenbar eine Woche Zeit eingeräumt, um das Land zu verlassen. Nicaragua wiederum hat seit September 2021 keinen Botschafter mehr beim Apostolischen Stuhl.

Die Beziehungen zwischen der Kirche und der Regierung Nicaraguas hatten sich seit 2018 kontinuierlich verschlechtert. Damals gewährte die Kirche Putschisten Unterschlupf, obwohl sie auf Vorschlag Ortegas als Vermittlerin zwischen der Regierung und der Opposition auftreten sollte. Der endgültige Bruch vollzog sich im Februar dieses Jahres mit der Verurteilung des katholischen Bischofs Rolando Alvarez zu 26 Jahren Haft wegen „Konspiration und Verbreitung von Falschnachrichten“.

Präsident Ortega betonte in seiner Rede, dass die überwiegende Mehrheit des lateinamerikanischen Volkes, die Arbeiter und Bauern, Nicolás Maduro und die Bolivarische Revolution unterstützen. Er erinnerte daran, dass die Bolivarische Revolution in Venezuela „die Bombe war, die das Imperium erzittern ließ“. Die Revolution, die Hugo Chávez anführte, triumphierte. „Wer konnte sich nach diesem großen Sieg vorstellen, dass die Yankees einen Staatsstreich gegen Präsident Chávez organisieren würden? Sie waren irritiert... Sie wollten Venezuela nicht verlieren. Also kam der Putsch. Aber Chávez kehrte als Präsident zurück.“

Comandante Daniel erklärte, dass die Comandantes Chávez und Fidel „die Einheit unserer Völker wollten“. Daher könne man sich heute die feige Reaktion der Regierungen einiger lateinamerikanischer Länder kaum erklären. „Regierungen, die sich als fortschrittlich, als revolutionär präsentieren, sagten, man müsse die Wahlen wiederholen... Lula (der Präsident Brasiliens), sagte das.“

Die Beziehungen zwischen Brasilien und Nicaragua haben sich in den letzten Monaten verschlechtert. Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hatte in einer Pressekonferenz erzählt, dass er auf Bitten von Papst Franziskus versucht habe, Ortega in einem sensiblen Fall zu erreichen. Es ging um den inhaftierten Bischof Rolando Álvarez, der wegen Hochverrats zu 26 Jahren Haft verurteilt und später aus Nicaragua ausgewiesen worden war. Ortega hatte sich offenbar geweigert, das Gespräch anzunehmen. Daraufhin unterstellte Lula Ortega eine diktatorische Haltung und behauptete, dass die sandinistische Revolution 1979 aus einem persönlichen Machtstreben heraus erfolgt sei. Solche Vorwürfe, verbunden mit dem gescheiterten Vermittlungsversuch, dürften zweifellos zur aktuellen Krise zwischen den beiden Ländern beigetragen haben.

Ortega erklärte dazu, dass Lula da Silva öffentlich darüber gesprochen habe, dass er, Ortega, „nachdem er ein Revolutionär gewesen sei, zu einem anderen Somoza geworden wäre“. „Lula da Silva ist der Präsident dieses großartigen Brasiliens. Will er der Vertreter der Yankees in Lateinamerika werden? Deshalb haben wir die Beziehungen zu Brasilien abgebrochen.“

Präsident Daniel Ortega betonte: „Wir sind ein kleines Land. Wir haben nicht die Kraft Brasiliens, nicht die Wirtschaft Brasiliens. Wir haben etwas anderes: Die Verteidigung unserer Würde und Souveränität.“

Und er fuhr fort: „Nicolás Maduro ist der legitime Präsident, der Fortsetzer der Schlacht von Bolívar und Chávez... Nicaragua ist ein kleines Land mit einer kleinen, fragilen Wirtschaft; mit Grenzländern, in denen es Militärstützpunkte der Yankees gibt... In Honduras und Costa Rica errichteten die Yankees Militärstützpunkte. Doch sie konnten den Triumph der Revolution im Jahr 1979 nicht verhindern.“

In diesem Sinne argumentierte er weiter: „Was haben sie getan? Sie haben eine Söldnerarmee organisiert... Sie finanzieren und bewaffnen die Söldner und bilden sie auf ihren Militärstützpunkten aus... Tausende von Kämpfern hatten sich dem nicaraguanischen Kampf gegen Somoza angeschlossen. Heute ist auszuschließen, dass sie eine bewaffnete Konterrevolution organisieren, wie 1979/1980 nach dem Triumph der Revolution bei uns... Ich bin mir sicher, dass sich Tausende von lateinamerikanischen und karibischen

Kämpfern der Verteidigung der Bolivarischen Revolution anschließen würden.“

Comandante Daniel Ortega erklärte weiter, dass es mit dem Imperialismus keine Möglichkeit zu verhandeln gibt. Der Imperialismus wird immer so verhandeln, wie es ihm passt. „Wenn eine Regierung nicht so will wie er, dann sucht er nach einem Weg, sie zu zerstören.“

Ortega zählte eine Reihe historischer Fakten auf, die diese Feststellung belegen. Sie reichen von William Walker (1854 bis 1856), über die liberale Regierung Zelaya (1877), den Kampf Benjamín Zeledóns Anfang des 20. Jahrhunderts, den Kampf Augusto C. Sandinos gegen die Yankees (1926 bis 1934). Die USA unterstützten anschließend die Somoza-Diktatur und nach dem Sieg der Sandinistischen Volksrevolution den Krieg der Contras. Sie unterstützten die neoliberalen Regierungen (1990 bis 2006) und den Putsch gegen die Ortega-Regierung (2018).

Mit diesem Diskurs wandte sich Ortega an Ralph Gonzalez, den Premierminister von St. Vincent und der Grenadinen, der ein Gespräch mit den Yankees vorhat. „Seien Sie achtsam, denn sie (die USA-Regierung) sucht immer nach einem Weg, die Revolution zu liquidieren.“

Zum Abschluss zitierte Daniel Ortega aus einem Teil des I. Gipfels in Havanna am 14. Dezember 2004: „Wir sind uns einig, dass die Bolivarische Alternative für Amerika (ALBA), die Präsident Hugo Chávez Firas im Dezember 2001 auf der Insel Margarita ins Leben rief, die Leitprinzipien einer echten lateinamerikanischen und karibischen Integration darlegte. Sie basiert auf Gerechtigkeit. Wir verpflichten uns, gemeinsam zu kämpfen, um sie Wirklichkeit werden zu lassen.“

„Das Grundprinzip, das ALBA leiten muss, ist die umfassende Solidarität zwischen den Völkern Lateinamerikas und der Karibik, die auf den Gedanken von Bolívar, Martí, Sucre, O’Higgins, San Martín, Hidalgo, Petión, Morazán, Sandino und vieler anderer Helden basiert. Sie ist ohne egoistischen Nationalismus oder objektive, restriktive nationalistische Politik, die das Ziel des Aufbaus einer großen Heimat in Lateinamerika verleugnet... In diesem Sinne stimmen wir voll und ganz darin überein, dass ALBA weder mit merkantilistischen Kriterien noch mit egoistischen Interessen von Unternehmensgewinnen oder nationalen Vorteilen zum Nachteil anderer Völker Wirklichkeit werden kann. Es darf sich nur eine breite lateinamerikanische Vision entwickeln, die die Unmöglichkeit unserer Länder anerkennt, wie Bolívar es nannte: ‚Seht, wie Amerika die größte Nation der Welt wird, weniger wegen

seiner Größe und seines Reichtums, sondern wegen seiner Freiheit und seines Ruhms'. Und was Martí als ‚Unser Amerika‘ auffasste... Das unterscheidet ALBA von den anderen amerikanischen Expansions- und Imperialbegierden. Wir wollen die Positionen im multilateralen Bereich festigen. Wir wollen Verhandlungsprozesse aller Art mit Ländern und Blöcken aus anderen Regionen führen. Wir wollen für Demokratisierung und Transparenz in internationalen Organisationen, insbesondere in den Vereinten Nationen und ihren Gremien kämpfen.“

Erklärung des XI. Außerordentlichen Gipfels der Staats- und Regierungschefs von ALBA-TCP

Wir, die Staats- und Regierungschefs der Länder der Bolivarischen Allianz der Völker Unseres Amerikas – Handelsvertrag der Völker (ALBA-TCP), sind den Gründungsprinzipien und Werten der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und der Zusammenarbeit nach den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen und des Völkerrechts treu verbunden.

Die Bolivarische Schwesterrepublik Venezuela ist ein Gründungsmitglied von ALBA-TCP, einem gemeinsamen Projekt, von dem der Befreier Simón Bolívar und die Helden der Unabhängigkeitsbemühungen Lateinamerikas und der Karibik träumten und das von den Comandantes Hugo Rafael Chávez Frías und Fidel Castro Ruz ins Leben gerufen wurde. Die Länder dieser großen Allianz erkennen an, dass diese Nation Unseres Amerikas ein souveränes und unabhängiges Land mit hohen demokratischen Standards ist. Es organisiert, gestützt auf seine heilige Verfassung, Präsidentschaftswahlen gemäß den entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen.

In den Jahren des Wachstums dieses großen gemeinsamen und integrierenden Projekts haben wir die Arbeit und Führung von Präsident Nicolás Maduro Moros an der Spitze der Führung dieser Brudernation angesichts des heftigsten Ansturms transnationaler Mächte und unter den schlimmsten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen der heutigen Welt bestätigt. In dieser Welt sind einige unserer Bruderländer direkte Opfer des Imperialismus sowie Zeugen eines beispiellosen Angriffs auf die venezolanische Nation. Er äußert sich in mehr als 930 einseitigen Zwangs-, Erpressungs- und illegalen Maßnahmen. Sie zielen darauf ab, die venezolanische Wirtschaft und Gesellschaft zu ersticken.

Erstens verurteilen wir aufs Schärfste jeden Staatsstreich oder Putschversuch, da es sich dabei um einen gewalttätigen, illegalen und verfassungsges-

widrigen Weg handelt. Er bedroht die Demokratie, den Frieden und das Leben. Er stellt destabilisierende Pläne und Handlungen dar, die von externen Mächten ausgehen. Sie versuchen, den Willen der Menschen in Lateinamerika und der Karibik zu ignorieren, der in den Wahlen auf demokratische und legitime Weise zum Ausdruck kommt.

Zweitens lehnen wir den brutalen Kommunikationskrieg der sozialen Netzwerke, der voller Hass, Intoleranz, Diskriminierung und Verachtung ist, entschieden ab. Er richtet sich strategisch gegen die jüngere Generation der venezolanischen Gesellschaft. Sie werden zu Opfern von Fehlinformationen und Hyperinformationen, die Gewalt, Vandalismus und Barbarei befördern.

Drittens lehnen wir die Angriffe und Akte des Vandalismus gegen Menschen, öffentliche Infrastruktur, religiöse und nationale Symbole ab, die den Charakter Venezuelas ausmachen. Sie führten zu menschlichen und materiellen Verlusten und schufen eine Meinungsmatrix des Chaos in einem Land, in dem an einem historischen Tag und Ort Wahlen in Frieden und Demokratie stattfanden.

Viertens prangern wir die mangelnde Anerkennung der offiziellen Ergebnisse des Wahlprozesses durch einen gewalttätigen und faschistischen Teil der venezolanischen Opposition an. Sie forderte bei verschiedenen Gelegenheiten die offene Intervention und weitere Sanktionen für das Land zum Nachteil des venezolanischen Volkes. Sie brachte ihre Putschabsichten dadurch zum Ausdruck, dass sie die Vereinbarung zur Achtung der vom venezolanischen Nationalen Wahlrat verkündeten Wahlergebnisse nicht unterzeichnete.

Fünftens fordern wir, dass die internationale Gemeinschaft die Souveränität, Selbstbestimmung und den demokratischen Willen des venezolanischen Volkes respektiert. Wir bedauern die Entscheidung einiger Regierungen, die Wahlergebnisse in Venezuela in Frage zu stellen und Resolutionen und Erklärungen abzugeben, die nicht die Realität des Landes widerspiegeln. Es ist wichtig, dass alle Staaten den Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anerkennen und zusammenarbeiten, um Dialog und konstruktive Zusammenarbeit zu fördern, anstatt Spaltungen zu schüren.

Sechstens erkennen wir an, dass Venezuela ein freier, unabhängiger, demokratischer und souveräner Staat ist, der über eigene Institutionen und Gesetze zur Regelung seiner inneren Angelegenheiten verfügt. In diesem Sinne begrüßen wir die Entscheidung der Wahlkammer des Obersten Ge-

richtshofs (TSJ), die Wahlkontroverse in würdiger Weise in uneingeschränkter Ausübung der Souveränität zu lösen und damit dem venezolanischen Volk Frieden und Ruhe zu garantieren.

Siebtens würdigen wir alle Teilnehmer des Wahlkampfs, die vor dem Obersten Gerichtshof erschienen sind, um zum Frieden und zur Stabilität des venezolanischen Volkes beizutragen. Wir werten das gleichzeitig als ein Zeichen politischer Reife und partizipatorischer Demokratie in diesem Bruderland. Wir bedauern, dass einige politische Akteure, die angebliche Unregelmäßigkeiten anprangerten, nicht vor dem Obersten Gerichtshof erschienen und damit ihrer Verpflichtung gegenüber dem Volk nicht nachgekommen sind.

Achtens gratulieren wir dem verfassungsmäßigen Präsidenten Nicolás Maduro Moros und seinem Volk. Sie haben es mit Widerstandskraft und Treue zur Gerechtigkeit verstanden, den anhaltenden Putschversuch abzuwehren. Wir bestätigen unser Engagement und unsere uneingeschränkte Unterstützung für die verfassungsmäßige, legitime und demokratisch wiedergewählte Regierung.

Neuntens bekräftigen wir noch einmal, dass Lateinamerika und die Karibik eine Zone des Friedens sind. Wir fordern die strikte Einhaltung der Verpflichtung, weder direkt noch indirekt in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen und das unveräußerliche Recht jedes Staates, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System selbst zu wählen, uneingeschränkt zu respektieren. Sie sind die wesentliche Garantiebedingung für das friedliche Zusammenleben der Nationen, den Frieden und die Stabilität unserer Region.

Wir treffen uns, um heute mehr denn je das brüderliche venezolanische Volk vor den Tentakeln des Faschismus zu verteidigen und unsere Stimmen zu erheben, um die Einmischung, die Manipulation sowie die imperialistischen und Putsch-Absichten zurückzuweisen. Sie wollen unsere legitimen Rechte und Ressourcen übernehmen und uns auf diese Weise schaden.

Die Verteidigung Venezuelas bedeutet die Verteidigung des Traums der Einheit und Brüderlichkeit unserer Helden und unserer Völker.

Caracas, 26. August 2024

ALBA-TCP verurteilt Sabotageakte in Venezuela

Quelle: Venezuela TV



In einer Erklärung verurteilte die Bolivarianische Allianz für die Völker Unseres Amerikas – Volkshandelsvertrag (ALBA-TCP) am 30. August 2024 die Sabotage am nationalen Strom- und Kommunikationssystem in Venezuela. Dieser Vandalismus ist eine Straftat und ein direkter Angriff auf die Menschen.

Die Bolivarische Allianz unterstützt alle Maßnahmen der venezolanischen Regierung zur Wiederherstellung der Normalität, zur Ermittlung der Verantwortlichen und zur Wiederherstellung des Friedens unter der Bevölkerung. In der vom Generalsekretär der Bolivarischen Allianz Jorge Arreaza vorgebrachten Mitteilung wird die direkte und eklatante Verletzung der Menschenrechte des venezolanischen Volkes energisch zurückgewiesen und gefordert, dass die Aggression auf die Brudernation eingestellt wird.

Ebenso verurteilt ALBA-TCP in einer Erklärung die Beschlagnahme des venezolanischen Flugzeugs durch das US-Justizministerium. Dieses vom Präsidenten der Bolivarischen Republik Venezuela, Nicolás Maduro Moros, verwendete Flugzeug wurde am Montag, dem 2. September 2024, illegal nach Miami, Florida, überführt. „Diese Aktion gehört zu einer Reihe von Angriffen der US-Regierung gegen das venezolanische Volk und die venezolanische Regierung... Diese Maßnahmen zielen darauf ab, Druck auszuüben, um den demokratischen Willen des venezolanischen Volkes zu brechen und Bedingungen für einen Regierungswechsel zu schaffen.“

Die Mitgliedsländer von ALBA-TCP verurteilen aufs Schärfste jeden Versuch, lateinamerikanische und karibische Länder ihrer Vermögenswerte zu berauben. Sie lehnen diesen völkerrechtswidrigen Piraten-Akt ab. Der Vorfall erinnert an die frühere Beschlagnahme eines Flugzeugs des Flugunternehmens Aerocargo del Sur (EMTRASUR), einer Tochtergesellschaft von CONVIASA.

ALBA-TCP bedauert außerdem, dass die Entführung des Präsidentenflugzeugs in der Dominikanischen Republik stattgefunden hat. Sie ist der Ansicht, dass die Souveränität dieses Landes und der Grundsatz der Nichteinmischung verletzt wurden.

Venezuela aktiviert den Plan „Centella“

Quelle: Informationen von VTV



Der Vizepräsident für Souveränität, Sicherheit und Frieden und Verteidigungsminister Vladimir Padrino López kündigte in Erklärungen, die er dem Land nach dem kriminellen Angriff auf die nationale Stromversorgung gab, die Aktivierung des Centella-Plans zur Bewältigung des nationalen Notstands an.

„Die Bolivarische Nationale Streitmacht (FANB) hat über das Strategische Einsatzkommando sofort das territoriale Verteidigungssystem in Betrieb genommen und die sogenannte Schocktruppe aktiviert, bei der es sich um hundert ausgebildete Offiziere sowie Elektro- und Wasserbauingenieure handelt, die jederzeit aktiviert werden... Diese Einsatztruppe bedient nicht nur die elektrischen, sondern auch die hydrologischen Aspekte der Wasserversorgung und anderer nationaler öffentlicher Dienste. Sie unterstützt die technischen Behörden von CORPOELEC, koordiniert und kommuniziert.“

Padrino López erinnerte daran, dass „die Vize-Präsidentin der Republik Delcy Rodríguez zusammen mit dem Minister für elektrische Energie Jorge Márquez vor Ort ist und wir von hier aus alles überwachen“. „Wir haben den Centella-Plan in die Praxis umgesetzt. Den Plan haben wir für jede Situation im Staatsgebiet. Im Transport- und Patrouillenbereich haben wir alle motorisierten Einheiten, Lastwagen, taktischen und nichttaktischen Fahrzeuge sowie Zivilisten abgezogen, um die Menschen bei Bedarf bei ihrer Bewegung zu unterstützen. Der Plan ist die Logistikplattform des Strategischen Einsatzkommandos.“

Padrino López betonte auch, dass die FANB an der Grenze stationiert sei: „Da wir uns um unsere maritimen Grenzgebiete kümmern, haben wir gesehen, mit welcher Entschlossenheit die Streitkräfte bei all diesen Grenzereignissen und bei der Kontrolle des Drogenhandels reagiert haben.“

Abschließend wies der Minister darauf hin, dass „hier alles unter Kontrolle ist und die Menschen wissen, dass sie sich auf die bolivarische Regierung und ihre bolivarischen nationalen Streitkräfte mit ihren Bürgersicherheitsorganen verlassen können. Wir können uns jeden Tag besser abstimmen und auf ein sicheres Heimatland zusteuern.“

Sie versuchen immer noch den Staatsstreich in Venezuela

Quelle: teleSUR



Der Verteidigungsminister Venezuelas, Vladimir Padrino López, warnte davor, dass im Zusammenhang mit den Nachwahlen zum Präsidenten, bei denen Nicolás Maduro Moros gewann, der Versuch eines Staatsstreichs gegen die südamerikanische Nation weitergeht.

„Dies ist ein Staatsstreich, der kein Ende hat, sondern sich in voller Entwicklung befindet. Wir sehen, wie der Staatsstreich internationalisiert wird“, betonte Padrino López in einem Vortrag an der Militärakademie in der Hauptstadt Caracas.“

Der Verteidigungsminister wies darauf hin, dass sich Venezuela über die Haltung der Regierungen einiger lateinamerikanischer Länder, der Europäischen Union, der USA und Kanadas im Klaren sei. Er sagte, dass diese Strategie darauf abziele, Chaos unter den venezolanischen Staatsbürgern zu schaffen.

Er sagte weiter, dass der Weg Venezuelas klar sei. Er bestehe darin, den Frieden zu bewahren, Faschismus und politische Gewalt zu besiegen. „Wir werden uns mit der Stärke der Befreier durchsetzen. Venezuela setzt seinen Weg der Souveränität und Unabhängigkeit fort.“

Im August dieses Jahres prangerte Präsident Nicolás Maduro an, dass das Land „einem cyberfaschistischen Putsch gegenübersteht, der darauf abzielt, die Bolivarischen Nationalen Streitkräfte zu spalten“.

Die Situation in Venezuela hat sich verschärft, weil die extreme Rechte unterstützt von den Vereinigten Staaten sich weigert, den Sieg von Maduro anzuerkennen.

Der venezolanische Wahlrat berichtete in den Morgenstunden des 29. Juli, dass Maduro mit 51,95 Prozent der Stimmen gewonnen und der rechtsextreme Kandidat Edmundo González 43,18 Prozent der Stimmen erreicht habe. Vor diesem Hintergrund erklärte die von González angeführte Opposition diesen zum Präsidenten und ignorierte die Ergebnisse von Maduro.

Honduras warnt vor möglichen Putschversuch

Quelle: teleSUR



Die Präsidentin von Honduras Xiomara Castro erklärte, dass ihre Regierung alle Arten von Verhandlungen zwischen Drogenhändlern und Politikern verurteile. Sie prangerte an, dass ein Plan zur Zerstörung ihrer sozialistischen und demokratischen Regierung im Gange sei.

Ebenso bestätigte sie, dass der Frieden und die innere Sicherheit der Republik gefährdet seien. Sie wies darauf hin, dass ein neuer Staatsstreich bevorstehen könnte, den das Volk abwehren müsse. „Der Plan, meine sozialistische und demokratische Regierung zu zerstören, ist im Gange“, sagte die honduranische Präsidentin. „Die dunklen Mächte von 2009 organisieren sich erneut zusammen mit den nationalen und internationalen Medien, um den Putsch zu arrangieren.“

„Der Plan zur Aufklärung und Verurteilung des Verbrechens zeigt unser politisches Engagement für die Auslieferung. Ich werde aber nicht zulassen, dass der aktuelle Vertrag mit den Vereinigten Staaten selektiv ausgenutzt wird, um die Streitkräfte aufzulösen, meine Regierung zu stürzen und die Wahlen (geplant für 2025) zu sabotieren“, betonte die Präsidentin.

In diesem Zusammenhang forderte Präsidentin Castro, dass das Sicherheitsministerium unverzüglich und unabhängig davon handelt. In lokalen Medien in Honduras wurde ein Video aus dem Jahr 2013 veröffentlicht, in dem ein Treffen zwischen Drogenhändlern und dem Schwager der Präsidentin

Xiomara Castro, Carlos Zelaya, veröffentlicht wurde, bei dem angeblich Geld für den Wahlkampf der jetzt regierenden Partei „Freiheit und Neugründung“ gespendet wurde. Der frühere honduranische Präsident Manuel Zelaya reagierte seinerseits und verurteilte das Treffen zwischen seinem Bruder und Drogenhändlern. Er erklärte jedoch, dass nie Geld eingegangen sei.

Sicherheitsminister Gustavo Sánchez berichtete seinerseits über alle Fälle von Drogenhandel, die vor den Gerichten der USA zur Untersuchung anstanden, ohne einen Fall zu unterschlagen. Sánchez erwähnte die 26 Fälle der Nationalpartei, darunter von Juan Orlando Hernández, der zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, „weil er Honduras in einen Drogenstaat verwandelt hatte“.

Honduras verurteilt Druckmaßnahmen der USA

Quelle: *teleSUR*



In einem Exklusiv-Interview mit *teleSUR* ging der honduranische Vize-Außenminister Gerardo Torres auf den wachsenden Druck der USA auf die Regierung von Xiomara Castro und die jüngsten Entscheidungen des zentralamerikanischen Landes als Reaktion darauf ein.

Er warnte davor, dass solche belästigenden Aktionen Washingtons mit der Position Honduras gegenüber Venezuela korrespondieren. „Vom ersten Moment an begrüßte die Präsidentin den Sieg von Präsident Nicolás Maduro, nachdem ihn der venezolanische Wahlrat im vergangenen Juli zum Sieger erklärt hatte. Das hat Druck auf das Land ausgelöst.“

Torres betonte, dass Honduras trotz der Verbote der USA für andere Länder, an Veranstaltungen in Venezuela teilzunehmen, beschlossen habe, an einer lateinamerikanischen Leichtathletikveranstaltung teilzunehmen, die von den lateinamerikanischen Streitkräften veranstaltet wurde und die dieses Jahr in der Bolivarischen Republik stattfand. Die Teilnahme Honduras an dieser Veranstaltung wurde im Gegensatz zur Position Washingtons als Bestätigung der Achtung des zentralamerikanischen Landes vor der Souveränität Venezuelas gewertet.

Der Vize-Außenminister betonte, dass die Achtung der Souveränität Venezuelas ein Grundprinzip der Regierung von Xiomara Castro sei und dass diese sich dem Druck des nordamerikanischen Landes nicht beugen werde. „Honduras respektiert und wahrt den Grundsatz der Achtung der Souveränität und Selbstbestimmung des Volkes.“ Diese Position sei ein Schlüsselfaktor für die Spannungen mit den USA, die die unabhängige Außenpolitik Honduras kritisiert haben.

Zu den Aussagen der US-Botschafterin in Honduras, Laura Dogu, die honduranischen Beamten Drogenhandel vorwarf, äußerte der Diplomat, dass diese Anschuldigungen unbegründet seien. „Wir erinnern die USA daran, dass sie diejenigen waren, die sich tatsächlich mit Drogenhändlern getroffen haben.“ Er bezog sich dabei auf frühere Treffen zwischen US-Beamten und dem ehemaligen honduranischen Präsidenten Juan Orlando Hernández, dem Drogenhandel vorgeworfen wird. Torres erwähnte, dass die USA trotz dieser Anschuldigung Beziehungen zu Hernández unterhielten, den sie als Drogenhändler kannten.

Als Reaktion auf den wachsenden Druck und die Androhung einer Auslieferung ergriff Präsidentin Xiomara Castro eine drastische Maßnahme: Sie kündigte den Auslieferungsvertrag von 1912 mit den Vereinigten Staaten, der Auslieferungen zwischen beiden Ländern regelte und von Washington genutzt wurde, um politischen Druck auf Honduras auszuüben.

Ein weiterer relevanter Aspekt, den Torres ansprach, war die Verwendung von Bildern im Zusammenhang mit dem Drogenhandel als Druckmittel gegen die honduranische Regierung. Er erklärte, dass das audiovisuelle Material bereits in New York abgelehnt worden sei, aber erneut präsentiert worden wäre, um die Castro-Regierung zu diskreditieren. Torres hob die Reaktion von Carlos Zelaya, dem Bruder des Ex-Präsidenten Manuel Zelaya, hervor, der freiwillig vor den Behörden erschien, um sich den Anschuldigungen zu stellen und seine Kooperationsbereitschaft zu demonstrieren.

Abschließend bedankte sich Torres für die internationale Unterstützung, die Honduras erhalten habe.

Außenministerium Nicaraguas an SICA

Pressemitteilung des Außenministeriums auf EI 199 Digital

Die Regierung der Versöhnung und der nationalen Einheit Nicaraguas begrüßt brüderlich alle Völker und Regierungen unseres Zentralamerikas, die im Zentralamerikanischen Integrationssystem versammelt sind. Heute fand die Außenministerversammlung statt, um über die Vorschläge an die Präsidenten der Region zu entscheiden, die seit dem 16. November 2023 im Generalsekretariat der SICA anhängig sind, dessen Sitz nach Gesetz und institutioneller Anordnung des Systems dem Volk und der Regierung Nicaraguas zugeordnet war.

Das Treffen endete ohne Konsens aufgrund der noch laufenden Konsultationen der Regierungen unserer Region. Wir bekräftigen gegenüber den Mitgliedern des Systems, dass SICA mit jedem Tag, der ohne ein Generalsekretariat vergeht, immer schwächer wird. Jedes Land und jede Regierung suchen logischerweise nach alternativen Mechanismen, um ihre eigenen Bemühungen einseitig durchzuführen. Dies führt, wie wir sagen, zu einer fortschreitenden Verarmung der Verwaltung unsere Region, die unter dem Gesichtspunkt der Integration und Union effektiver durchgeführt werden sollte.

Das souveräne und freie Nicaragua dankt Zentralamerika für die Bemühungen, die es weiterhin unternimmt, um einen Konsens für ein gestärktes SICA zu erreichen. Wir tun das im Dienste unseres Volkes, das gegen die Armut, dem Hauptgegner eines sicheren Lebens in Frieden, mit Rechten und Wohlbefinden kämpft.

Wir schlagen vor, neue Treffen abzuhalten, um die immer notwendiger werdende Entscheidung zu treffen, die nicht weiter verschoben werden dürfen. Es sei denn, Zentralamerika beschließt, auf dieses System zu verzichten, anstatt es zu stärken.

Andererseits ist das Nichttreffen der entsprechenden Entscheidungen gleichbedeutend damit, das Recht unserer Völker auf eine Integrationsorganisation nicht anzuerkennen. Das Generalsekretariat vertritt uns als unabhängige Länder und Völker, die gemeinsam etwas schaffen – die würdige Zukunft und den Fortschritt, die unsere zentralamerikanische Familien und Gemeinschaften verdienen.

Managua, 28. August 2024

Außenministerium, Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit
Republik Nicaragua

Genug der Einmischung!

Quelle: Tortilla con Sal

Die Regierung der Versöhnung und der nationalen Einheit Nicaraguas teilt den Herrschaften der Europäischen Union mit, dass Nicaragua ein freies, souveränes Land und keine Kolonie ist. Es nimmt von keinem Land der Welt Befehle entgegen, noch befolgt sie diese. Die Entscheidungen der nicaraguanischen Behörden werden auf der Grundlage der Verfassung der Republik und der Gesetze getroffen, mit denen Nicaragua als unabhängiges Land und Volk sein souveränes institutionelles Funktionieren regelt.

Wir erinnern die Herrschaften der Europäischen Union daran, dass die Geschichte, auf der ihre Länder beruht, eine Geschichte von Gräueltaten und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist. Sie haben sie im unersättlichen Wunsch begangen, andere Völker zu unterwerfen, den Reichtum, das Natur- und Kulturerbe und die Intelligenz der Kontinente an sich zu reißen. Ein Besuch europäischer Museen reicht aus, um zu sehen, wie stolz sie auf die Grausamkeit, Barbarei und Unmoral sind, mit denen sie Länder und Völker „eroberten“, denen sie ohne Gegenleistung alles genommen haben.

Der Völkermord, den sie täglich in Gaza begehen, ist nur ein blasses Abbild der blutigen Kreuzzüge und Eroberungen der Imperien, der Kolonisatoren und Neokolonisatoren, die immer noch versuchen, der Welt Regeln zu diktieren. Sie werden nicht nur ignoriert, sondern auch verurteilt.

Genug der Einmischung, Unwahrheiten, Fälschungen und Missbräuche im Namen einer angeblichen und theatralischen „Demokratie“. Sie badete die Gebiete, in denen sie sich niederließ, in Blut, Elend, Schweiß und Tränen. Sie tötete, raubte und rottete sie aus.

Herrschaften Europas, respektieren Sie bitte die Vorbilder und Lebensweisen mutiger, freier Völker. Wir lehnen die Heuchelei in Ihren Stimmen entschieden ab und verurteilen Sie jeden Tag für Ihre verwerfliche Geschichte der Schande.

Wir sind besorgt darüber, dass die legitimen Forderungen unseres Volkes von diesen falschen Ländern, die sich schamlos und arrogant für Herren halten, während sie nur die schlimmste und frevelhafteste menschliche Spezies repräsentieren, weder gehört noch erfüllt werden.

Managua, 27. August 2024

Regierung der Versöhnung und nationalen Einheit
Präsident der Republik

Inhalt:

ALBA-TCP unterstützt Nicolás Maduro	1
Erklärung des XI. Außerordentlichen Gipfels von ALBA-TCP	5
ALBA-TCP verurteilt Sabotageakte in Venezuela	8
Venezuela aktiviert den Plan „Centella“	9
Sie versuchen immer noch den Staatsstreich in Venezuela	10
Honduras warnt vor möglichen Putschversuch	11
Honduras verurteilt Druckmaßnahmen der USA	12
Außenministerium Nicaraguas an SICA	14
Genug der Einmischung!	15

Redaktionsschluss: 13. September 2024

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P.)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de